

## Privatbanken

### Schwierige Wettbewerbsgleichheit

Es waren klare Worte, die der amtierenden Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Andreas Schmitz, fand. Klare Worte, so wie man es von ihm gewohnt ist und was offensichtlich nicht jeder gleich gut verdauen kann. Sollten die Amerikaner erneut die von Basel überarbeiteten Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften nicht parallel zu den europäischen Banken einführen, so sei das Wettbewerbsverzerrung, sagte Schmitz. Das gilt natürlich nicht in erster Linie für die kleineren Privatbankiers und die Regionalbanken unter seinen mehr als 200 Mitgliedern, sondern für die beiden den Verband dominierenden Großbanken sowie die ebenfalls angeschlossenen Töchter der Auslandsbanken, darunter auch amerikanische Häuser. So verwundert es auch nicht, dass sich Schmitz spürbar für den Vorschlag der Bundesbank-Vizepräsidentin Sabine Lautenschläger erwärmen konnte, den amerikanischen Banken in Europa eine besondere, aufsichtliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Banken aus einem anderen Rechtsraum, die in Europa aktiv sind, müssten entsprechend den hier gültigen Gesetzen und Regeln behandelt werden, so der Bankenpräsident.

Die angesprochenen Wettbewerbsvorteile liegen hierbei nicht nur im Wholesale-Geschäft, sondern auch und vielleicht mehr noch auf der Eigenkapital- und damit auch der Renditeseite. Schließlich entfallen für Banken, die Basel III nicht einführen, auch die Zuschläge für weltweit besonders bedeutende Banken, die G-SiFis. Das wurmt vor allem die Deutsche Bank, die mit Jürgen Fitschen ab Mitte April kommenden Jahres für drei Jahre den neuen Bankenpräsidenten stellt. Man darf gespannt sein, welche „Kriegsschauplätze“ sich Fitschen als erstes aussuchen wird. Schmitz plädiert vor diesen Hintergründen für eine Verschiebung der Einführung von Basel III in Europa mindestens um ein Jahr. Zum einen, um einen Gleichlauf mit den Amerikanern zu ermöglichen, wobei die Skepsis zum unbedingten Willen der Anerkennung der Regeln in den USA aus seinen Worten zu hören war. Zum anderen, weil die Politik noch nicht alle Hausaufgaben gemacht hätte und keineswegs alle Parameter feststünden, die die Banken für eine Einführung zu Beginn des kommenden Jahres bräuchten.

Der BdB bekräftigte darüber hinaus seine schon jahrelange Forderung nach einer europäischen Bankenaufsicht und sieht die Europäische Zentralbank hierfür als Nukleus. Auch das kommt in erster Linie den beiden Großbanken im Verband zugute. Um die anderen Mitglieder nicht zu sehr zu ver-

prellen, betonte Schmitz aber die große Bedeutung der doppelten Proportionalität, die durch eine enge Einbindung der nationalen Notenbanken und deren Zuständigkeit für die laufende Aufsicht auch unter EZB-Hoheit sichergestellt werden müsste. Sparkassen und Volksbanken werden es gerne hören, und damit könnte dies ein Feld sein, in dem die deutsche Kreditwirtschaft mit einer Stimme spricht und die Zusammenarbeit der großen Verbände der privaten Banken, der Sparkassen und der Volks- und Raiffeisenbanken noch enger wird. Dies sieht Schmitz übrigens als ein Hauptaufgabenfeld für seinen Nachfolger. Wie allerdings die unbedingt notwendige Trennung von Geldpolitik und Aufsicht in der EZB sichergestellt werden kann, darauf hatte der sonst nie um eine Antwort verlegene Schmitz auch keinen Lösung parat. Ein Holdingmodell, das von einem unabhängigen Gremium überwacht wird, könnte eine Lösung sein, aber die Frage sei äußerst komplex und juristisch hoch kompliziert. Was ist dieser Tage schon leicht für Banken, Präsidenten oder Kanzlerinnen?

## Landesbanken

### Im Schlankheitswettbewerb

Wie sich die Schönheitsideale in der Kreditwirtschaft doch geändert haben. Galt es vor der Finanzkrise noch als chic, sich durch Übernahmen und Expansion in neue Geschäftsfelder Wachstumschancen zu erschließen und/oder eine Diversifizierung voranzutreiben, gehört heute die kontrollierte Verschlingung zu den anerkannten Erfolgsmessungen. Nicht zuletzt die Landesbanken gefallen sich nach den notwendig gewordenen staatlichen Stützungsmaßnahmen in der Präsentation der Zwischenergebnisse ihrer Abmagerungskuren, wobei festzuhalten bleibt, dass sie durch die mittlerweile allesamt abgeschlossenen Beihilfeverfahren der EU-Kommission dazu gedrängt wurden. Stolz verweist etwa die Bayern-LB darauf, binnen knapp vier Jahren von 422 Milliarden Euro an Bilanzsumme Ende 2008 auf rund 301 Milliarden Euro per Ende des dritten Quartals 2012 abgespeckt zu haben. In gut drei Jahren will die Bank ihr gemeinsam mit der EU-Kommission festgelegtes Idealgewicht von knapp über 200 Milliarden Euro Bilanzsumme erreichen.

Zu den weiteren Umsetzungsschritten zählen in München die konkrete Abwicklung des schon beschlossenen Verkaufs der LBS Bayern sowie die Veräußerung von nicht strategischen Töchtern und Beteiligungen wie der im Private Banking und Wealth Management in den Benelux-Ländern tätigen LB-Lux, des Wohnungsunternehmens GBW AG und nicht zuletzt der ungarischen Tochter MKB.

Insbesondere Letztere, so zeigt allerdings der Blick auf die aktuelle Risikovorsorge per 30. September 2012, dürfte sich in absehbarer Zeit nicht gerade als leicht veräußerbares Asset erweisen. Denn vor dem im Rahmen der EU-Auflagen anstehenden Verkauf könnten noch erhebliche Kosten für die strategische Neuausrichtung und Restrukturierung anfallen. Welche Dimensionen speziell dieses Projekt derzeit hat, zeigt ein Blick auf die aktuelle Risikovorsorge zum dritten Quartal dieses Jahres. Von den dort ausgewiesenen 294 Millionen Euro entfallen mit 152 Millionen Euro gleich 51,7 Prozent auf den ungarischen Ableger. Und angesichts der wirtschaftlichen Aussichten dieses Landes und den ungewissen Auflagen der dortigen Regierung und Aufsichtsbehörden will man in München weitere Belastungen nicht ausschließen.

Hoch erfreut ist man indes über den Retail-Ableger DKB. Mit 180 Millionen Euro hat diese „Perle“ des Konzerns in den ersten neun Monaten 2012 gut 38 Prozent zum Ergebnis vor Steuern im Segment Corporates, Mittelstand und Privatkunden beigetragen. Und mit Blick auf das im Vorjahresvergleich um fast 79 Prozent auf 271 (152) Millionen Euro gestiegene Konzernergebnis ist die Dimension noch beachtlicher. Allein die Kundeneinlagen als begehrtes Instrument der Refinanzierung sind in den ersten neun Monaten 2012 um 16 Prozent auf rund 39 Milliarden Euro gewachsen. In der Pflege dieses Assets, sprich dem weiteren Ausbau der Position der DKB als „Hausbank im Internet“ gibt sich die Bayern-LB ebenso pragmatisch wie in der regionalen Ausrichtung ihres Mittelstandsgeschäftes. Dass neben dem Stammgebiet Bayern der regionale Fokus in Württemberg und besonders in Nordrhein-Westfalen liegt, wird schlicht mit der besonderen Dichte der Mittelständler in diesen Ballungsgebieten begründet. In NRW darf man zudem nach dem Ende der WestLB auf eine neue Marktverteilung in diesem allgemein umkämpften Segment hoffen.

Für das Gesamtjahr prognostiziert die Bayern-LB ein positives Konzernergebnis nach IFRS. Ende November wurde mit der Umsetzung des von der EU-Kommission auferlegten Rückzahlungsplans für die fünf Milliarden Euro an erhaltener Staatshilfe bis 2019 begonnen – zunächst mit 351 Millionen Euro. Trotz der schon weit fortgeschrittenen Schrumpfungskur und dem erklärten Abbau von Risikopositionen gibt man sich in München zuversichtlich, dass das Ertragspotenzial in den skizzierten Geschäftsfeldern ausreichen wird, um die Altlasten zu tilgen. Die Begleitung durch den Freistaat soll dabei übrigens lockerer werden. Zum 40-jährigen Jubiläum der Landesbank im November hat jedenfalls die amtierende Staatsregierung angekündigt, sich aus dem Aufsichtsrat zurückziehen und den Einfluss des Freistaates als Mehrheitseigner über die Gesellschafterversammlung wahren zu wollen.

## Konjunktur

### Anleihe beim Fußball

Die Commerzbank hat Anfang November angekündigt, massive Kosteneinsparungen umsetzen und gleichzeitig spürbar in (technische) Neuerungen investieren zu wollen. Auf den ersten Blick klingt dieses Konzept widersprüchlich oder zumindest halbherzig. Aber mit dieser Art ihrer strategischen Ausrichtung liegt die Frankfurter Großbank offenbar im aktuellen Trend der deutschen Wirtschaft. Darauf deuten jedenfalls die Ergebnisse einer Befragung von Chief Financial Officers durch die Beratungsgesellschaft Deloitte hin, deren Ergebnis mit dem aus dem Fußball übernommenen Schlagwort von der „kontrollierten Defensive“ umschrieben sind. Als strategische Prioritäten für die nächsten zwölf Monate bauen die CFOs bei allem wachsenden Pessimismus hinsichtlich der Konjunkturentwicklung nicht nur auf defensive Elemente in Form von Kostensenkungen (63 Prozent), sondern gleich an zweiter und vierter Stelle auf die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen (51 Prozent) und die Expansion in neue Märkte (32 Prozent), also durchaus offensive Varianten. Dass als besondere Herausforderung im eigenen Verantwortungsbereich eine Verbesserung der Strategieumsetzung (47 Prozent) und der Entscheidungsunterstützung gesehen wird, unterstreicht auch vom eigenen Selbstverständnis her einmal mehr den Wandel des CFO von einer Kontrollinstanz zu einem strategischen Sparringspartner für den CEO.

Im September und Oktober 2012 nach den aktuellen Konjunkturaussichten und ihren Erwartungen und Planungen für die absehbare Zukunft befragt, haben sich die CFOs von 125 großen deutschen Unternehmen in ihrer Grundhaltung zur Konjunkturentwicklung gegenüber der Frühjahrsbefragung eindeutig pessimistischer geäußert. Eine sehr hohe Zahl von 91 Prozent – das sind noch einmal stattliche elf Prozentpunkte mehr als in der Frühjahrsbefragung – stuft das Niveau der Unsicherheit als überdurchschnittlich ein. Und quer über alle Branchen hinweg werden das instabile Finanzsystem (43 Prozent), gefolgt von einer schwächeren Inlandsnachfrage (37 Prozent) und steigenden Energiekosten als größter Risikofaktor gesehen.

Bei aller Skepsis über die Erfolgsaussichten einer Griechenland-Rettung ist die akute Gefährdung der Eurozone derzeit nicht mehr die Kernursache für den wachsenden Pessimismus der Unternehmensführer, sondern es sind nach dem mehr oder weniger deutlichen politischen Bekenntnis zu einem Verbleib von Hellas eher die fundamentalen Entwicklungen. Strukturreformen (98 Prozent) und Haushaltskonsolidierung (96 Prozent) stehen auf

der Agenda zur Lösung der Euro-Krise ganz oben. Auch der Weg zu einer EU-Fiskalunion mit zentralisiertem Budgetrecht (61 Prozent) findet noch eine Mehrheit bei den Befragten. Und bei allem Appell an die Selbstverantwortung erreichen daneben Konjunkturprogramme für die Krisenländer (78 Prozent) eine vergleichsweise breite Zustimmung.

Der im halbjährlichen Turnus erstellte CFO-Survey wird mit teilweise deckungsgleichen oder ähnlichen Fragen international in mehreren Ländern erhoben. Ob sich seine Auswertung für Deutschland neben dem Ifo Geschäftsklimaindex und den ZEW Konjunkturerwartungen als dritter Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung etablieren kann, hängt im heutigen Entwicklungsstadium nicht zuletzt davon ab, ob der Initiator jene Eigenschaft aufweist, die in der Finanzbranche derzeit so sehr vermisst wird – den Mut und das Durchhaltevermögen zu langfristiger Aufbauarbeit.

### Aktienkultur

#### Herber Rückschlag

Vor 16 Jahren ging die Deutsche Telekom unter immenser Medienbegleitung an die Börse. Die T-Aktie sollte die Deutschen zu einem Volk von Aktionären machen, und der Börsengang des rosaroten Unternehmens wurde zum Lackmustest dafür, ob die Deutschen zu einer Aktienkultur angelsächsischer Prägung fähig sind oder nicht. Die Hochstimmung währte jedoch nur kurz. Auf die ursprüngliche T-Euphorie folgte alsbald der jähe Absturz. Hierdurch bereits schwer angeschlagen hat sich die Anzahl der Aktionäre in Deutschland vom Crash am Neuen Markt bis heute noch nicht erholt. Und die dritte Schockwelle in Form der weltweiten Finanzmarktkrise 2008 machte die Aktienzuneigung der Privatanleger zu einem großen Teil zunichte.

In schöner Regelmäßigkeit beklagt das Deutsche Aktieninstitut (DAI) deshalb seit Platzen der New-Economy-Blase den kritischen Zustand der heimischen Aktienkultur. Inzwischen haben sich die Wogen etwas geglättet, und die seit der Finanzmarktkrise verloren gegangenen deutschen Anleger kehren offenbar zaghaft wieder in die Aktie zurück. Von einer endgültigen Stabilisierung der Aktionärszahlen will das DAI noch nicht sprechen, aber mit 15,7 Prozent der Gesamtbevölkerung erreichte die Aktionärsquote im ersten Halbjahr fast wieder das Niveau von 2007. Von den einstigen Rekordständen ist Deutschland noch weit entfernt.

Ein neuerlicher Rückschlag droht nun allerdings in Form der Beipackzettel. Gemäß § 31 Absatz 3 a

Wertpapierhandelsgesetz sind seit dem 1. Juli 2011 alle Anlageberater in den Banken und Sparkassen verpflichtet, ihren Privatkunden ein „kurzes und leicht verständliches Informationsblatt“ zur Verfügung zu stellen, wenn sie den Kauf eines Finanzinstruments empfehlen. Das Produktinformationsblatt (PIB) soll wesentliche Merkmale eines Finanzproduktes kurz und prägnant beschreiben sowie die Vergleichbarkeit verschiedener Finanzprodukte erhöhen. Nach einer Umfrage des DAI unter rund 1600 deutschen Kreditinstituten hat inzwischen ob dieser Pflicht nahezu jede zweite Bank oder Sparkasse den Umfang der Aktienberatung reduziert; fast 15 Prozent der befragten Institute haben die Aktienberatung sogar vollständig eingestellt. Insbesondere für kleinere Institute mit überschaubarem Kundenstamm sei der Aufwand zur Bereitstellung von Produktinformationsblättern zu Einzelaktien unverhältnismäßig hoch.

Aber auch die anderen Institute, die den Umfang ihrer Aktienberatung trotz PIB nicht eingeschränkt haben, können ihrer gesetzlichen Verpflichtung nicht immer in vollem Umfang nachkommen. So ist die Verfügbarkeit von PIB in der Regel auf Aktien der Dax-Unternehmen beschränkt, und nur etwas mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer kann diesen Index überhaupt vollständig abdecken. Bei den Unternehmen der anderen Indizes respektive Börsensegmente ist eine vollständige Abdeckung mit PIB sogar eher die Ausnahme, denn nur rund fünf Prozent der Umfrageteilnehmer verfügen über PIB für alle im Prime und General Standard der Frankfurter Wertpapierbörse sowie im Freiverkehr notierten Unternehmen.

Sicherlich – diese ernüchternden Ergebnisse zeugen von einer gewissen Verdrängung der Banken aus der Aktienberatung. Für viele Kreditinstitute stellen die Produktinformationsblätter aber im Vergleich zu den anderen aufsichtsrechtlichen Anforderungen jedoch die geringeren Hürden dar. Aus den Regulierungen, vor allem in der Wertpapierberatung, – so formulierte es beispielsweise Georg Fahrenschon auf der diesjährigen Kreditpolitischen Tagung (siehe Beitrag in diesem Heft) – spreche nur noch Misstrauen gegenüber Mitarbeitern von Kreditinstituten. Die aufwendige Protokollierung der Beratung, das Register für Kundenbeschwerden bei der BaFin sowie anonyme Testkäufe von Verbraucherschützern erschwere die Beratung, demotiviere Berater und untergrabe systematisch das Vertrauen von Kunden in Kreditinstitute. So werde der letzte Rest an Aktienkultur in Deutschland zerstört. Soll das vermögenspolitische Ziel, die Aktienakzeptanz in breiten Bevölkerungsschichten zu erhöhen, nach wie vor Gültigkeit besitzen, muss der Gesetzgeber nicht nur, wie es das DAI empfiehlt, Einzelaktien von der Pflicht für ein PIB ausnehmen. Das Problem ist deutlich grundlegenderer Natur. ■